

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ DIE PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines "Welcome Centers"
Vorlage: VI/2015/00971**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis Dezember 2015 ein „Welcome Center“ der Stadtverwaltung für Asylsuchende, Flüchtlinge, EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sowie für internationale Studierende einzurichten. Das „Welcome Center“ „unter einem Dach“ sollte folgende Verwaltungsleistungen, Beratungs- und Informationsstellen vereinen:

- a) Möglichkeiten der Ab- und Ummeldungen des Wohnsitzes, die Erteilung, Verlängerung und Übertragung von Aufenthaltstiteln
- b) Informationsstellen für Wohnungssuchende zu Angeboten der örtlichen Wohnungsunternehmen
- c) Informations- und Beratungsangebote zur Kinderbetreuung, zum Schulbesuch, zu Studienmöglichkeiten
- d) Beratungsangebote zum Lebensunterhalt (z.B. nach Asylbewerberleistungsgesetz)
- e) Informationen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen schulischen, beruflichen, und akademischen Abschlüssen
 - Vermittlung von Deutschkursen bzw. Angeboten zur Sprachförderung
 - Informationen über berufliche Qualifizierungen und Integration in den Arbeitsmarkt
- f) Informationen und Beratungen zur gesundheitlichen Betreuung

g) Informations-und Beratungsangebote für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (z.B. Angebote in Sportvereinen u.a.m.;
Angebote der Freiwilligenagentur)

h) Ansiedlung von Sprachbegleitern

Alle entsprechenden Antragsformulare für mögliche zu beantragenden Leistungen sollen im „Welcome Center“ zur Handreichung vorhanden sein und mit einer ersten Beratung gekoppelt werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur personellen Erweiterung der Trägerversammlung des Jobcenters
Vorlage: VI/2015/00950**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen Frau Hintz und Herr Senius.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür einzusetzen, dass die Trägerversammlung auf sechs Personen erweitert wird.
2. Der Stadtrat entsendet zwei Stadträte als weitere Mitglieder der Trägerversammlung.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer